

Unverständnis für Vorwürfe des Steuerzahlerbundes

Kastls Bürgermeister Stefan Braun und Landtagsabgeordneter Harald Schwartz halten Kritik an gestiegenen Kosten bei Klosterburg-Sanierung entgegen

Kastl. (wih) Die Klosterburg Kastl wird saniert und zur Polizeifachhochschule ausgebaut. Statt zunächst geplanter 37 Millionen wird das Projekt rund 60 Millionen Euro kosten. Das kritisierte nun der Steuerzahlerbund. Landtagsabgeordneter Harald Schwartz und Kastls Bürgermeister Stefan Braun relativieren. Grundsätzlich müsse mit Steuergeldern natürlich sorgfältig umgegangen werden, erklärt Stefan Braun. Da habe der Bund der Steuerzahler „vollkommen recht“. Dass die Sanierung der Klosterburg aber Eingang in das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes gefunden hat und damit für den Verband als eine der größten Steuerverschwendungen des Jahres gilt, hält der Bürgermeister für unangebracht.

Für ihn ist die Klosterburg das Wahrzeichen Kastls. „Der Freistaat Bayern saniert hier ein denkmalgeschütztes Gebäude und stellt sicher, dass es in der Zukunft für die Öffentlichkeit weiterhin nutzbar ist.“ Noch dazu werde die Region durch Aufträge und eine nachhaltige Einrichtung gestärkt. Braun: „Für mich ist das die perfekte Symbiose, genau so sollte es doch sein.“

Natürlich seien die steigenden Kosten bei der Sanierung „bedauerlich“, sagt Harald Schwartz. Doch für den Landtagsabgeordneten stellt sich die Frage nach den Alter-



Stand der Bauarbeiten im Sommer 2019: Der Hof des Kastler Klosters diente als Lagerraum für die riesige Baustelle. Der Umbau des zuletzt als Ungarisches Gymnasium genutzten Gebäudekomplexes in eine Polizeihochschule für 120 Studenten kostet am Ende rund 60 Millionen Euro.
Archivbild: Wolfgang Steinbacher

nativen. „Die Klosterburg muss so oder so saniert werden.“ Es handle sich hier schließlich um eine historische Immobilie, die dem Freistaat Bayern gehört. Die Bausubstanz sei bis zu 1200 Jahre alt, der Dachstuhl gigantisch, die Liegenschaft von gewaltigem Ausmaß. Auch wenn dort keine Polizeifachhochschule einzeln würde, lägen die Kosten für die Sicherung des Gebäudes in einem

ähnlichen Bereich. Bürgermeister Braun verweist zudem auf die hohen Unterhaltskosten, die auch ohne Nutzung der Burg aufgelaufen sind. „Man sieht jetzt nur diese Steigerung von 37 auf 60 Millionen Euro, was natürlich ein großer Sprung ist. Was man beim Bund der Steuerzahler aber vergisst: Die Burg ist kein Einfamilienhaus, sondern hat 9000 Quadratmeter Wohnflä-

che. Allein die Heizkosten, dazu Reparaturen: Das kostete über eine Million Euro Unterhalt und das wäre ja so weitergegangen.“

Der Bund der Steuerzahler bemängelt, dass vor Projektbeginn offenbar keine ausreichende Bestandsaufnahme der historischen Bausubstanz gemacht worden war. Dies habe bei der Sanierung zu „bösen Überraschungen“ und der deut-

lichen Kostensteigerung geführt. Wenn man nur die Zahlen sprechen lasse, möge es so aussehen, als wären die Voruntersuchungen mangelhaft gewesen. „Aber so einfach ist es halt nicht“, erklärt Stefan Braun. „Bei Sanierungen von denkmalgeschützten Gebäuden gibt es immer Unwägbarkeiten. Überraschungen sind da programmiert.“ Hinzu seien archäologische Funde gekommen. Harald Schwartz ist überzeugt, dass die Bauverwaltung einen guten Job macht. Roman Beer, der Bereichsleiter Hochbau beim Staatlichen Bauamt Amberg-Weiden, sei „schon auch hinter den Kosten her“. Schwartz: „Dem ist das nicht Wurst, bloß weil eh der Staat zahlt.“

Natürlich wäre Kastls Bürgermeister nicht böse gewesen, wenn die Baustelle kostengünstiger ablaufen würde. „Aber es gibt mit Sicherheit andere Projekte, bei denen die Sinnhaftigkeit ernsthaft zu hinterfragen ist“, sagt Braun. Bei der Klosterburg habe der Freistaat Bayern eine Vorbildfunktion. Er führe ein leerstehendes, denkmalgeschütztes Gebäude einer sinnvollen Nutzung zu. Dass Kastl bei der Auflistung des Steuerzahlerbundes in einer Reihe mit Projekten genannt wird, bei denen es „um Hunderte Millionen“ geht, hält Schwartz zumindest für „grenzwertig“.